

Österreich lässt die Palästinenser (und auch gleich das Völkerrecht) in Stich!

Hat es eines neuerlichen Beweises für eine radikale Änderung der österreichischen Nahostpolitik bedurft, so liegt sie nunmehr schriftlich vor. Auf Twitter findet sich einen Tag nach den dreitägigen massiven Bombardierungen des Gazastreifens durch die israelische Armee, in deren Verlauf nicht nur zwei Angehörigen des Islamischen Dschihad „gezielt getötet“ sondern weitere 44 Menschen, darunter 15 Kinder und 4 Frauen getötet und 311 verletzt worden sind, folgende Eintragung:

“We utterly condemn the firing of rockets against Israel and the indiscriminate targeting of civilians. We fully stand by Israel's right to self-defense and are concerned about a further escalation, leading to the loss of any civilian lives.”

https://twitter.com/mfa_austria/status/1556232941633691649?s=21

Diese Stellungnahme übertrifft an mehr oder minder bewusstem Zynismus gerade noch die Erklärung des EU-Vizepräsidenten und Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borell, der lediglich das Selbstverteidigungsrecht Israels betonte. Beide Stellungnahmen sind entweder ohne genaue Kenntnis der tatsächlichen Ereignisse abgegeben worden oder eine bewusste Solidarisierung mit einem Staat, dessen Verstöße gegen Menschen- und Völkerrecht hinlänglich bekannt sind. Im ersten Fall wäre die professionelle Qualifikation der Akteure infrage zu stellen, im zweiten ihre politische und vor allem humanitäre.

Durchaus glaubwürdigen Informationen aus Gaza – die inzwischen auch von verschiedenen anderen Quellen bestätigt worden sind - ist zu entnehmen, dass die Raketenabschüsse aus Gaza erst dann begonnen worden sind, nachdem die gezielte Tötung der beiden Kommandanten des Islamischen Dschihad abgeschlossen war.

Diese neuerliche Solidarisierung mit Israel durch die Österreichische Bundesregierung ist skandalös, da sie ohne weitere Wenn und Aber die brutale und vor allem notorisch völkerrechtswidrige Besatzungs- und Vertreibungspolitik nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern auch aktiv unterstützt. Es ist dies ein totaler Bruch einer vermittelnden Nahostpolitik, für die Österreich über Jahrzehnte hindurch bekannt war und auch geschätzt worden ist. Zudem stellt es unserer Meinung auch einen Richtungsänderung dar, welche mit der Neutralitätspolitik Österreichs nur schwer in Einklang zu bringen ist.

Über die Motive dieses Richtungswechsels kann nur spekuliert werden. Ob es eine Spätfolge der türkis-blauen Bundesregierung ist, in der die für ihre rassistische und durchaus im Kern nach wie vor antisemitische Haltung bekannte FPÖ eine eigentümliche, auch kaum glaubwürdige, Versöhnung mit Israel bewerkstelligen wollte, oder ein Einschwenken auf die zuletzt unter Donald Trump (und von Joe Biden weitgehend fortgesetzte) wieder besonders israelfreundlich ausgestaltete US-Nahostpolitik darstellt, bleibt zunächst der Spekulation überlassen. Möglicherweise haben wir es auch mit einer Konsequenz der durch die russische Ukraine-Aggression ausgelösten stärkeren sicherheits- und energiepolitischen Kooperation zwischen den USA, Europa und weiteren als hard-core-prowestliche Staaten (wie eben Israel!) eingestuften Akteuren. Für letztere These gibt es einige Hinweise. Sowohl in militärischer als auch in energiepolitischer Hinsicht ist Israels jedenfalls äußerst umworben, was auch die zahlreichen Besuche österreichischer Spitzenpolitiker*innen zum Ausdruck bringen.

Welche Motive auch immer für den radikalen Richtungswechsel Österreichs beim israelisch-palästinensischen Konflikt verantwortlich sind, so kann und darf es nicht unwidersprochen hingenommen werden, dass in einem der gravierendsten völkerrechtlichen Problemfällen seit 1945

aus welchen Beweggründen auch immer Völker- und Menschenrecht relativiert und zum Verhandlungsgegenstand degradiert werden. Das österreichische Verhalten ist daher auf das Schärfste abzulehnen.

Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen
Wien, 9.8.2022